

# STADT KÖNIGSWINTER

## Der Bürgermeister

Sitzungsvorlage: **259/2021**

Federführende Dienststelle:	60 Planen und Bauen
Aktenzeichen:	
Datum:	15.09.2021

**X** öffentl. Teil

nichtöffentl. Teil

Beratungsfolge:	Termin:	Tagesordnungspunkt:
<b>Ausschuss f. Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz</b>	<b>02.11.2021</b>	<b>zu TOP: 3.2</b>
<b>Stadtrat</b>	<b>02.11.2021</b>	<b>zu TOP:</b>

### Klimaschutz-Leitziel „Verkehrswende bis 2035“

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Sitzungsvorlage zum Klimaschutz-Leitziel „Verkehrswende bis 2035“ wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Leitziel „Verkehrswende bis 2035“ soll strategisch durch die Beauftragung und Umsetzung von Mobilitäts-Teilkonzepten erfolgen. Darüber hinaus soll ein Maßnahmenkatalog mit Priorisierung einzelner Maßnahmen erarbeitet werden.
3. Der Rat der Stadt Königswinter stimmt der Schaffung von zwei neuen zusätzlichen Personalstellen für die Planung und Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen im Rahmen der Mobilitäts-Strategie zu. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Stellenplan 2022 eine Ingenieurstelle im Geschäftsbereich (GB) 66 (Tief- und Gartenbau) sowie eine Stelle („Mobilitätsmanager“) im GB 60 (Planen und Bauen) nach zu melden. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, in der Produktgruppe 1201 „Öffentliche Verkehrsflächen“ einen Pauschalansatz von jeweils 50.000 € für die Haushaltjahre 2022 ff nach zu melden.

#### **Begründung:**

##### **Ausgangssituation**

Der Rat der Stadt Königswinter hat im Jahr 2020 das „Maßnahmenprogramm 2050 der Stadt Königswinter für den Klimaschutz“ beschlossen. Das Maßnahmenprogramm beinhaltet insgesamt neun Programmpunkte u.a. auch eine anzustrebende Verkehrswende.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz (ASUK) sowie dem Stadtrat liegen nunmehr überarbeitete Klimaschutz-Leitziele der Stadt Königswinter vor (siehe SV 291/2021). Diese wurden in der Arbeitsgruppe (AG) Nachhaltigkeit in ihrer Sitzung am 30.06.2021 beraten. Die Klimaschutz-Leitziele wurden auf Grundlage des im Jahr 2020 vom Rat beschlossenen Maßnahmenprogramms 2050 und vor dem Hintergrund aktueller politischer Anträge verschiedener Fraktionen und des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zum nationalen Klimaschutzgesetz erarbeitet.

Die aktuellen Klimaschutz-Leitziele mit dem übergeordneten Ziel „Klimaneutralität im Stadtgebiet bis 2035“ umfassen insgesamt sechs Leitziele. Als ein Leitziel (Leitziel 4) wurde die „Verkehrswende bis 2035“ benannt.

## **Umsetzungsstrategie**

Die AG Nachhaltigkeit hat neben den Klimaschutz-Leitzielen in ihrer Sitzung am 30.06.2021 auch über die Umsetzungsstrategie dieser Leitziele beraten. Es wurde empfohlen, für den Themenbereich „Klimaschutz und Klimaanpassung“ nicht ein umfassendes Klimaschutzkonzept zu erarbeiten, sondern über ein Konzept „Leitbeschlüsse und Teilkonzepte“ umzusetzen und ergänzend einen Maßnahmenkatalog mit Priorisierung der einzelnen Klimaschutzmaßnahmen zu erarbeiten. Diese Vorgehensweise wurde in der AG Nachhaltigkeit auch als Strategie für den Bereich „Mobilität“ beraten. Neben Mobilitäts-Teilkonzepten soll ebenfalls ergänzend ein Maßnahmenkatalog mit Priorisierung einzelner Maßnahmen erarbeitet werden (siehe Beschlussvorschlag 2).

## **Mobilitätskonzept – Mobilitäts-Teilkonzepte**

Im Vorfeld der strategischen Beratungen über die Umsetzung des Mobilitätsziels „Verkehrswende bis 2035“ in der AG Nachhaltigkeit hat die Verwaltung ein unverbindliches Angebot für ein Mobilitätskonzept für die Gesamtstadt abgefragt, um die Kosten für ein solches Mobilitätskonzept einschätzen zu können. Auf der Grundlage dieses Angebotes wurde vorsorglich auch ein Förderantrag bei der Bezirksregierung Köln eingereicht. Dieser Förderantrag wurde nach der Sitzung der AG Nachhaltigkeit Ende August 2021 bewilligt. Die in dem Förderantrag veranschlagten Gesamtkosten eines Mobilitätskonzeptes in Höhe von ca. 93.500 € würden demnach mit rund 38.400 € gefördert werden. Die Zuwendungen wurden für die Jahre 2022, 2023 und 2024 bewilligt.

Das Angebot für das Mobilitätskonzept umfasst unter anderem neben einer Analyse, die Abstimmung und Definition eines Zielkonzeptes, Maßnahmen und Handlungsempfehlungen, Abstimmungstermine, einen Dialogprozess und eine Dokumentation. Beispiel für die Angebotsabfrage war inhaltlich das integrierte Mobilitätskonzept der Gemeinde Alfter.

Derzeit werden von vielen Kommunen Mobilitätskonzepte in Auftrag gegeben. Das Zukunftsnetz Mobilität NRW, bei dem die Stadt Königswinter seit 2020 Mitglied ist, unterstützt diese Bemühungen, beispielsweise mit einem Handbuch „Kommunale Mobilitätskonzepte“ (Stand 2021) (<https://www.zukunftsnetz-mobilitaet.nrw.de/media/2021/8/25/c1c37522c161be1b85ae73d6e4f26f4e/ZNM-Handbuch-Kommunale-Mobilitatskonzepte.pdf>).

Die Erarbeitung eines Mobilitätskonzeptes ist ein Prozess, der im allgemeinen 1 ½ Jahre bis 2 Jahre, zum Teil auch länger, dauert. Aufbauend auf dem Mobilitätskonzept beginnt in der Regel die Konkretisierung und Umsetzung konkreter Projekte und Maßnahmen. Vor dem Hintergrund dieser Zeitschiene und der Bearbeitungstiefe eines integrierten Mobilitätskonzeptes hat die Verwaltung der AG Nachhaltigkeit vorgeschlagen, anstelle eines Mobilitätskonzeptes das Mobilitätsziel „Verkehrswende bis 2035“ über Teilkonzepte zu unterschiedlichen Mobilitätsthemen umzusetzen. Durch die direkte Erstellung von tiefergehenden Teilkonzepten - wie beispielsweise einem Radverkehrskonzept (siehe ASUK Beschluss 80/2021), einem Parkraumkonzept, einem Konzept zur Ladeinfrastruktur oder einem Fußwegekonzept sowie der Planung bspw. von Carsharing-Angeboten - kann Zeit gewonnen, mehr Erkenntnisse generiert und die Umsetzung von Maßnahmen beschleunigt werden.

Neben Teilkonzepten würde die Verwaltung darüber hinaus einen Maßnahmenkatalog zu den Handlungsfeldern des kommunalen und betrieblichen Mobilitätsmanagements erstellen, der in noch festzulegenden Zeitabständen evaluiert und weiterentwickelt werden kann.

## **Ressourcenbedarf**

Viele Themen in Bezug auf das anzustrebende Klimaschutz-Leitziel „Verkehrswende bis 2035“ werden bereits seit Jahren politisch beraten und finanziert sowie deren Umsetzung personell durch die Verwaltung begleitet. Die Mobilitätsthemen werden dabei aufgrund von politischen Anträgen, Vorschlägen der Verwaltung oder dem Rhein-Sieg-Kreis - als Maßnahmenträger des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) - initiiert. Wo es möglich ist, werden für die Planung und Umsetzung Fördermittel beantragt.

Zur Umsetzung des Leitziels „Verkehrswende bis 2035“ bedarf es jedoch zusätzlicher finanzieller und personeller Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung für den Haushalt 2022 ff. bereits in der Produktgruppe 0901 „Städtebauliche Planung und Entwicklung“ Haushaltsmittel als Pauschalansätze für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes oder für Teil-Konzepte angemeldet (siehe auch Auswirkungen auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage). Sofern die angemeldeten Haushaltsmittel in 2022 nicht ausreichend sein sollten, könnte der Mehrbedarf durch Minderausgaben im Gesamtbudget des technischen Dezernats abgedeckt werden. In der Produktgruppe 1201 „Öffentliche Verkehrsflächen“ wird für das Jahr 2022 ff. ein Pauschalansatz für Detailplanungen (beispielsweise für einzelne Mobilstationen auf der Grundlage des bereits vorliegenden Mobilstationenfeinkonzeptes des Rhein-Sieg-Kreises, siehe auch SV 104/2021) in Höhe von jeweils 50.000 € für die Haushaltjahre 2022 ff nachgemeldet.

In Abhängigkeit der zukünftigen politischen Beratungen sind zusätzliche finanzielle Ressourcen für die Erstellung weiterer Konzepte, Detailplanungen und für die Umsetzung von Maßnahmen (Baukosten) erforderlich, die dann für die jeweiligen Haushaltsberatungen in den Folgejahren konkretisiert und über die Geschäftsbereiche 60 (Planen und Bauen) sowie 66 (Tief- und Gartenbau) angemeldet werden.

Der Bedarf an personellen Ressourcen zur Umsetzung des Mobilitäts-Leitziels „Verkehrswende bis 2035“ wird derzeit auf zwei zusätzliche Personalstellen geschätzt. Eine Ingenieurstelle im GB 66 im Wesentlichen für die Detailplanungen und Umsetzung von konkreten Baumaßnahmen sowie die Stelle eines „Mobilitätsmanagers“ im GB 60 für die Begleitung der Erstellung von Konzepten und die Betreuung von Einzelmaßnahmen in den Handlungsfeldern kommunales und betriebliches Mobilitätsmanagement. Die Verwaltung beabsichtigt, beide Stellen für den Stellenplan 2022 nach zu melden.

### **Weitere Vorgehensweise**

Die Verwaltung wird – auch aufgrund des im ASUK am 01.09.2021 beschlossenen Antrages der Koalitionsfraktion vom 07.06.2021 betreffend Mobilitätswende - für eine der nächsten Sitzungen dem ASUK einen Sachstandsbericht unter anderem zu den in dem Antrag aufgeführten Mobilitätsthemen vorlegen. Auf dieser Grundlage könnte der ASUK über die weitere Vorgehensweise in Bezug auf die Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung des Klimaschutz-Leitziels „Verkehrswende bis 2035“ beraten.

Aufgrund der personellen Ressourcen war die vom ASUK mit dem vorgenannten Antrag gewünschte „übergeordnete strategische konzeptionelle Gesamtübersicht“ zu den Mobilitätsthemen für den ASUK am 02.11.2021, leider nicht möglich.

Das Zukunftsnetz Mobilität bietet darüber hinaus den Kommunen vielfältige Unterstützungsangebote auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung an. Auch hierüber kann die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des ASUK berichten.

### **Auswirkungen auf die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage:**

Für den Themenbereich „Mobilität“ wurden bei den Mittelanmeldungen für den Haushalt 2022 ff in der Produktgruppe 0901 „Städtebauliche Planung und Entwicklung“ unter dem Sachkonto 542990

„Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dritten“ Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € für das Jahr 2022 sowie jeweils 50.000 € für die Haushaltsjahre 2023 bis 2025 angemeldet. Im Rahmen dieses Ansatzes können politisch gewünschte Konzepte (Mobilitätskonzept für die Gesamtstadt und/oder Einzelkonzepte zu bestimmten Mobilitätsthemen) sowie gegebenenfalls die Umsetzung erster kleinerer Maßnahmen finanziert werden.

Für die Detailplanung zur Umsetzung konkreter Einzelmaßnahmen (Baumaßnahmen) wird in der Produktgruppe 1201 „Öffentliche Verkehrsflächen“ ein Pauschalansatz von jeweils 50.000 € für die Haushaltsjahre 2022 ff nachgemeldet.

Darüber hinaus werden für den Stellenplan 2022 insgesamt zwei zusätzliche Personalstellen (eine Personalstelle im GB 60 „Planen und Bauen“ und eine Personalstelle im GB 66 „Tief- und Gartenbau“ nachgemeldet (siehe Begründung zur SV 259/2021).

**Auswirkung auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit:**

Siehe Sitzungsvorlage 291/2021 für den ASUK/Rat am 02.11.2021.